



**Konferenz!**  
90 Jahre Burgenland, 60 Jahre GVV Bgld.: Im VIVA Steinbrunn wurde das doppelte Jubiläum gefeiert.  
Seiten 8+9

Seite 14: Große burgenländische Abordnung diskutiert in Kitzbühel:

# Gemeindetag im Zeichen steigender Sozialausgaben



58. Österreichischer Gemeindetag in Kitzbühel. Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer (am Rednerpult) konnte nicht nur zahlreiche Ehrengäste aus Landes- und Bundespolitik, sondern auch rund 2.000 KommunalpolitikerInnen aus ganz Österreich begrüßen.

*Der Präsident des Gemeindevertreterverbandes Burgenland, Bgm. Ernst Schmid, und sein Team wünschen allen Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern einen schönen Sommer und eine erholsame Urlaubszeit!*

## Kommentar



**Mag. Herbert MARHOLD**  
Landesgeschäftsführer  
GVV Burgenland

### **Finanzielle Situation bleibt angespannt – Maßnahmenpakete müssen realisiert werden!**

*Die finanzielle Situation der österreichischen Gemeinden und Städte ist und bleibt dramatisch. Experten gehen davon aus, dass die Basisversorgung in den Kommunen in absehbarer Zeit nicht mehr aufrechterhalten werden kann. Die Einnahmen der Gemeinden sind eingebrochen und erholen sich derzeit nur langsam, gleichzeitig steigen die Ausgaben – vor allem im Bereich Gesundheit und Soziales –, sodass viele Gemeinden an die Grenze der Finanzierbarkeit stoßen.*

*Der Österreichische Gemeindebund weist gemeinsam mit seinen Landesorganisationen immer wieder auf die Dramatik der Situation hin. Alle Maßnahmen, die seitens der Interessensvertretungen verabschiedet wurden, sind parteiübergreifend. Man sieht, dass die Situation so ernst ist, dass alle konstruktiven Kräfte auf kommunaler Ebene die Signale verstanden haben.*

*Auf Bundesebene ist der Ernst der Lage offenbar noch nicht ausreichend erkannt worden. Immerhin hat sich im Budgetausschuss des Nationalrats bei der Debatte gezeigt, dass die prekäre Lage der Städte und Gemeinden auch Bundespolitikern immer mehr bewusst wird. Was bis dato fehlt, sind konkrete Maßnahmen, um die finanzielle Lage zu verbessern.*

*Die jüngsten Prognosen für die Gemeinden, erstellt vom KDZ, heißen eine dramatische Zuspitzung für die kommenden Jahre. Demnach wird sich der Saldo (Differenz zwischen laufenden Einnahmen und Ausgaben) bis 2012 auf 21 Prozent des Wertes von 2008 verschlechtern. Hauptgrund dafür sind die Aufgabenübertragungen ohne ausreichende Mittelausstattung und die steigenden Transferzahlungen in den Bereichen Gesundheit und Soziales. Als logische Konsequenz werden notwendige Investitionen nicht mehr finanzierbar und, so die Experten, es ergibt sich ein Konsolidierungsbedarf von mindestens 1 Mrd. Euro bis 2012.*

*Selbst wenn alle möglichen gemeindeinternen Maßnahmen ergriffen werden, kann der notwendige Konsolidierungsbedarf nicht aus eigener Kraft bewältigt werden. Gefordert werden daher eine grundlegende Reform des Finanzausgleichs mit besonderer Berücksichtigung von Aufgaben- und Ausgabenorientierung, eine radikale Entflechtung der Transferströme zwischen den Gebietskörperschaften und eine Beseitigung der Mehrfachzuständigkeiten, außerdem eine Modernisierung und verfassungsmäßige Absicherung der gemeindeeigenen Steuern (Grundsteuer), ein kommunales Investitionsprogramm zur Stärkung der Liquidität durch günstige Zwischenfinanzierungen.*

*Wenn nichts geschieht, droht eine weitere Verschärfung der Lage, was nicht im Sinne der Bundespolitik sein kann.*

*Mag. Herbert Marhold*

## Lampel/Posch: Initiativer Bundesrat

# Kooperation

In seiner heutigen Sitzung hat der Bundesrat ein Gesetz zur Stärkung der Gemeinden eingebracht. Die Zusammenarbeit von Gemeinden in verschiedenen Projekten wird damit stark vereinfacht und verfassungsrechtlich abgesichert. „Dort, wo ein Wille zur Zusammenarbeit besteht, darf das Gesetz nicht entgegenstehen“, betonen die BundesrätInnen Bgm. Michael Lampel, Neufeld/Leitha, und Bgm. Inge Posch-Gruska, Hirm.

Bisher konnten Gemeinden einen Verband nur für einen Zweck bilden, z. B. den klassischen Abwasserverband. In Zukunft reicht ein Gemeindeverband, um Kooperationen für verschiedene Projekte zu ermöglichen. „Das Gesetz bietet einen attraktiven rechtlichen Rahmen, der den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern auf einfache Art und Weise Zusammenarbeit ermöglicht. Das Leistungsangebot der Gemeinden für die Bürgerinnen und Bürger wird damit abgesichert und kann ausgebaut werden“, so Posch-Gruska.

Auch politisch ist diese Initiative ein Signal: Der Bundesrat hat damit zum zweiten Mal in seiner Geschichte aktiv ein eigenes Gesetz eingebracht – die Länderkammer demonstriert damit neues Selbstbewusstsein. „Das Gesetz als Teil einer Verwaltungsreform auf Bundesebene hat unmittelbare Auswirkungen auf die Gemeinden. Sie können in Zukunft effizienter, kostengünstiger, leichter und vor allem rechtlich abgesichert gemeinsame Projekte verwirklichen“, betont Lampel. Nach seiner Einschätzung werde dieser Gesetzesantrag auf rund 90 Prozent der 2.357 Gemeinden Österreichs unmittelbare Auswirkungen haben.

Neu ist auch, dass Gemeinden bundesländerübergreifend kooperieren können. Dies ist für das Burgenland von besonderer Bedeutung. Vor allem kleinere Gemeinden haben oft Schwierigkeiten, Kommunalprojekte zu finanzieren. Ein Beispiel ist die Ganztagskinderbetreuung über die Sommermonate, für die in Kleinstgemeinden oft nicht genug finanzielle Ressourcen vorhanden sind und für die sich eine Kooperation anbietet. „Klar ist, dass auch bei intensiverer Zusammenarbeit die Gemeindeidentität, angefangen beim Gemeindefamen, erhalten bleiben muss und Kooperationen ermöglicht werden, aber nicht zwangsverpflichtend sind“, unterstreichen die beiden Bundesräte.

Mit dem Gesetz wird eine Anregung aus dem Konventbericht zur Verwaltungsreform von der Länderkammer aufgenommen.



*Liebe Gemeindevertreterinnen!  
Liebe Gemeindevertreter!*

**Finanzlandesreferentenkonferenz bringt  
Durchbruch bei Pflegefonds & Co.**

Im Rahmen der Konferenz der Finanzlandesreferenten in Linz konnte ein für unsere Gemeinden und die Bevölkerung wichtiger, Durchbruch erzielt werden: Der neu zu installierende Pflegefonds bringt bis 2014 frisches Geld im Umfang von 685 Mio. Euro. Die Kehrseite ist, dass die Gemeinden in den kommenden Jahren ein Nulldefizit erwirtschaften müssen.

Für uns ist die Installierung dieses Pflegefonds ein „wichtiger Etappensieg“, um unsere Kommunen wirtschaftlich zu entlasten.

Wir haben als Gemeindevertreter auf nationaler Ebene über den Österreichischen Gemeinde- und Städtebund unermüdlich über fast zehn Jahre gekämpft und haben Druck gemacht und nun erreicht, dass die Lasten der Pflegefinanzierung künftig einigermaßen fair verteilt sind. Man kann nun durchaus sagen, dass diese neue Pflegefinanzierung eine nationale Kraftanstrengung war.

Der neue Pflegefonds wird, wie erwähnt, mit insgesamt 685 Millionen Euro bis ins Jahr 2014 dotiert sein. Die Kosten dafür werden nach dem Schlüssel des Finanzausgleichs verteilt, der Bund zahlt also zwei Drittel, Länder und Gemeinden zusammen ein Drittel. Für das Jahr 2011 stehen damit zusätzliche 100 Millionen Euro zur Verfügung, 2012 150 Millionen, 2013 200 Millionen und 2014 schließlich 235 Millionen Euro. Damit sollen die steigenden Pflegekosten abgefangen werden, die Mittel des Fonds sind auch entsprechend zweckgewidmet.

Zur Einigung war es im Zuge der Tagung der Landesfinanzreferenten in

Linz gekommen. Es waren bis zuletzt harte Verhandlungen, die der Gemeinde- und Städtebund mit den Bundes- und Ländervertretern geführt hat. Aber das Resultat ist ein gutes für die Kommunen, denn der Pflegefonds, eine Kernforderung der Städte und Gemeinden, ist nun unter Dach und Fach.

In den letzten Jahren waren die Gemeinden, bei denen ein großer Teil der Finanzierung liegt, immer mehr unter Druck geraten. Wir hatten zweistellige Prozent-Zuwachsraten in jedem Jahr – nur im Pflege- und Sozialbereich – so konnte es nicht weiter gehen. Die positive Situation der Ertragsanteile seit Beginn dieses Jahres wird durch die Ausgabenseite getrübt. Hier war und ist der Bereich Soziales und damit verbunden die Pflegefinanzierung weiter Kostentreiber Nummer 1. Diese Last können die Gemeinden alleine nicht mehr stemmen, egal wie viel wir noch einsparen. Daher bin ich froh, dass Bund und Länder dies nun eingesehen haben und sich künftig an den Pflegekosten stärker beteiligen.

Für die Gemeinden bleibt freilich die Herausforderung, in den kommenden Jahren ein Nulldefizit zu erwirtschaften. Wir sind ja die einzige Gebietskörperschaft, die – mit Ausnahme von 2009 – die Maastricht-Ziele immer auf Punkt und Beistrich erfüllt hat. Jetzt mit dem Pflegefonds und seiner Drittfinanzierung haben wir eine realistische Chance, diese Maastricht-Verpflichtungen auch in Zukunft zu erfüllen. Wir haben schon bisher sparsam gewirtschaftet und wir werden als Kommunen dies auch in Zukunft tun.

**Bürgermeister  
Ernst SCHMID,  
Präsident des  
GVV Burgenland**



Wichtig ist auch, dass die österreichische Bevölkerung nach langer Zeit wieder einmal sieht, dass in der Regierungsarbeit doch etwas weitergeht. Das ist ein wichtiges demokratiepolitisches Signal! Aber klar ist auch, dass noch viele Aufgaben vor uns liegen. Als nächstes muss im Bereich der Verwaltungs- und Aufgabenreform etwas weiter gehen.

Unter den nun vereinbarten Rahmenbedingungen hat Gemeindebund Präsident Mödlhammer zugesagt, den Stabilitätspakt zu unterschreiben. Diese Unterschrift hatte Mödlhammer immer von einer Einigung bei der Pflegefinanzierung abhängig gemacht. Für uns als Sozialdemokratische Gemeindevertreter ist klar, dass die Gemeinden ihren Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte leisten werden. Es bleibt allerdings zu hoffen, dass wir seitens der anderen Gebietskörperschaften nicht mit neuen Aufgaben belastet werden.

Euer



... zu beziehen im Internet unter <http://www.gvvgld.at/gvv-shop/>

Fotos: GVV

# Gemeindeordnung u. Geschäftsordnungen

**Der burgenländische ÖVP Gemeindebund rät ihren Bürger- und VizebürgermeisterInnen mittels eines Schreibens von einer Beschlussfassung der vom GVV Burgenland aufgelegten Gemeindeordnung und Geschäftsordnungen ab. Sie seien inhaltlich fehlerhaft. Die Fakten sprechen allerdings eine andere Sprache.**

Nach der Novellierung der Gemeindeordnung hat der GVV Burgenland – nachweislich – mehrere Male mit dem burgenländischen Gemeindebund der ÖVP Kontakt aufgenommen, mit dem Ersuchen, eine gemeinsame Arbeitsgruppe zur gemeinsamen Erarbeitung einer gemeinsamen, kommentierten Gemeindeordnung in Buchform einzurichten. Seitens des Gemeindebunds kam – keine Reaktion! Nach mehrmaligen Versuchen haben wir uns in unserer Landesvorstandssitzung im Juni 2010 darauf geeinigt, dem burgenländischen Gemeindebund einen Termin vorzuschlagen, ob sie bereit wären, gemeinsam mit dem GVV eine GemO neu herauszubringen: Keine Reaktion!

Nachdem unsere Mitgliedsgemeinden, die ja ihre Beiträge einzahlen, ein Recht auf Service und Leistungserbringung seitens des GVV Burgenland haben, haben wir begonnen, selbst an einer Gemeindeordnung neu (GemO) und an den Geschäftsordnungen (GeschO) zu arbeiten. Diese wurden im Herbst 2010 gedruckt.

Daraufhin hat der burgenländische Gemeindebund angekündigt, ebenfalls rasch eine neue, kommentierte Version

vorzulegen. Das war Anfang Sommer 2010. Nun haben wir Juni 2011. Auslöser für die o.a. Reaktion des Gemeindebunds war vermutlich, dass auch sehr viele ÖVP-Gemeinden bei uns GemO und GeschO bestellt haben und dass in unseren SPÖ-Mitgliedsgemeinden die Beschlussfassung über die GeschO überwiegend einstimmig erfolgt ist. In der Gemeinde Mattersburg wurde diese GeschO im Übrigen vom ÖVP-Vizebürgermeister noch ausdrücklich in der Gemeinderatsitzung gelobt.

## ... zu den Vorwürfen

1.) Zu Absatz 1 des Schreibens: Kein(e) Gemeinde(rat) „muss“ eine GeschO beschließen. Auch kein Ausschuss „muss“ das tun. Wir vom GVV Burgenland sehen es als Service und als Hilfe an, wenn sich der Gemeinderat und die Ausschüsse selbst eine GeschO geben, um die Arbeit in diesen Gremien zu erleichtern und klare Regeln zu haben.

2.) § 4 Abs. 4 (alle GeschO): Der § 4 Abs. 4 widerspricht, unserer Meinung nach (auch aufsichtsbehördlich genehmigt) nicht § 46 der GemO, son-

dern legt unseres Erachtens nur fest, dass diese Bestimmung nicht dazu führen kann, dass ein Gemeinderat bei jeder Anfrage die Aufnahme in die Niederschrift beantragt, da es ja auch möglich ist, unter Allfälliges allgemeine Anfragen zu stellen (nicht nur bei den einzelnen Tagesordnungspunkten). Daher wäre auch die Frage nach der Uhrzeit eine Anfrage und würde nur unnötig zu Diskussionen führen.

3.) § 2 Abs. 4 der GeschO des Gemeindevorstandes: Ja! – es muss natürlich „Gemeindevorstandes“ heißen. Es ist trotz mehrmaligem Durchlesen ein redaktioneller Fehler passiert. Dieser wird bei der nächsten Auflage natürlich ausgebessert. Wo gearbeitet wird, passieren manchmal auch Fehler.

4.) Die letzte Kritik (Beschlussfähigkeit): Dies ist unserer Ansicht nach keine Abkehr von der bisherigen Vorgangsweise. Die/Der Vorsitzende hatte schon immer zu Beginn der Sitzung die Beschlussfähigkeit festzustellen und im Falle der fehlenden Beschlussfähigkeit die Sitzung zu schließen. Die Unterbrechung der Sitzung (jederzeit möglich durch den/die Vorsitzende(n)) kann nicht dazu führen, dass ein anwesender Gemeinderat einen abwesenden Gemeinderat anruft und an die Sitzung „erinnert“. Dieser Unterbrechungsgrund ist grundsätzlich nicht in der Literatur zu finden. Siehe dazu auch den Kommentar von Dr. Schuszter, RZ 599, 600; aber auch „Das österreichische Gemeinde-recht, Klug-Oberndorfer-Wolny, 5. Teil, Dr. Helmut Widder, Seite 38ff und Seite 53“. Auch der alte Kommentar der ÖVP (Brückler-Faching-Weikovic) sieht diese Möglichkeit nicht vor.

Zusammenfassend kann gesagt werden: Es steht jeder Gemeinde frei, GeschO zu beschließen oder nicht. Wir haben bisher jedenfalls bereits mehr als 450 Stück verkauft. Die Nachfrage ist derart groß, dass wir bald nachbestellen müssen. Die GemO und die GeschO wurden von Dr. Julius Schuszter (ehemaliger BH) erarbeitet, von der Gemeindeabteilung überprüft und als rechtlich korrekt beurteilt, von den „Amtmännern(frauen)“ in Person von AL Karl Aufner mit entwickelt und von aktuellen Bezirkshauptleuten nochmals überprüft. Mehr kann man nicht tun! Daher nochmals: Die GeschO können ohne Bedenken im Gemeinderat und in den Ausschüssen beschlossen werden.



mehr

# URLAUB machen ... ... STATT TEUER HEIZEN!

getigo



Jetzt  
FACEBOOK-FAN  
werden!

**BEGAS**  ... wir <sup>mehr als</sup> geben **GAS**.

Mit **Erdgas & Solar** steht erprobte Technik zu **günstigen Betriebs- und Investitionskosten** zur Verfügung!  
Die gesamten jährlichen Kosten sind mit einem Erdgas-Brennwertgerät am niedrigsten! **Entscheiden Sie sich für** eine moderne und effiziente Heizung...und gönnen Sie sich **einen Urlaub mehr im Jahr!** Alle Informationen finden Sie auch auf [www.begas.at](http://www.begas.at)

**Präs. Schmid: Wiedereinführung und Zweckbindung der Erbschaftssteuer sinnvoll!**

## **Pflegedienstleistungen finanzieren**

**GVV-Präsident Bgm. Ernst Schmid hält die Wiedereinführung und Zweckbindung der Erbschaftssteuer für sinnvoll: „Damit könnten wir die Finanzierung der Pflegedienstleistungen über das Jahr 2014 hinaus sichern!“**

Nachdem sich Vertreter von Bund, Ländern, Städten und Gemeinden auf einen Pflegefonds geeinigt haben – siehe auch Seite 3 –, muss nun der nächste Schritt folgen. Der GVV Burgenland begrüßt daher die Idee diverser Hilfsorganisationen, die Erbschaftssteuer wieder einzuführen und dieses Geld ausschließlich für die Pflegefinanzierung zu verwenden. GVV-Präsident Schmid: „Die Wiedereinführung der Erbschaftssteuer wäre ein Zeichen für mehr Gerechtigkeit und die Zweckwidmung dieser Gelder für die Pflege ein sinnvoller Vorschlag!“

Der neu installierte Pflegefonds, der mit 685 Millionen Euro dotiert ist,

läuft nur bis 2014. Danach ist die Pflegefinanzierung wieder offen. GVV-Präsident Schmid: „Die Sozialkosten steigen dramatisch und innerhalb der Sozialkosten sind die Aufwendungen für die Pflege enorm. Bis 2014 haben wir jetzt Zeit, uns eine langfristige Finanzierung zu überlegen!“

Experten gehen davon aus, dass sich der finanzielle Aufwand für Pflegedienstleistungen in den nächsten 40 Jahren verdoppeln wird. Diese „Sozialkosten“ belasten aber schon heute die Kommunen enorm. Ein derartiger Anstieg ohne konkrete, langfristige Finanzierung ist für die Gemeinden nicht zu bewältigen.

Schmid: „Der jetzt neu installierte Pflegefonds ist ein Meilenstein für die Gemeinden. Dennoch ist damit die Finanzierung nur bis 2014 gesichert. Wir glauben, dass eine Wiedereinführung der Erbschaftssteuer – für Erbschaften ab 1 Mio. Euro – mit gleichzeitiger Zweckbindung der Mittel für die Pflegefinanzierung sinnvoll ist. Daher wird der GVV Burgenland versuchen, dafür Überzeugungsarbeit zu leisten.“

Schmid abschließend: „Wenn wir eine langfristige Finanzierung zusammenbringen, dann ist das Pflegesystem für die nächsten Jahre und Jahrzehnte gesichert. Außerdem würde diese Vorgangsweise ermöglichen, dass wir in den Kommunen wieder einen finanziellen Spielraum zur Verfügung hätten, den wir für andere wichtige Projekte, z. B. die Erhaltung und den Ausbau der Infrastruktur, nutzen können!“ ◆

Kommunikationsoffensive im Internet – [www.burgenland.at/jugendinfo](http://www.burgenland.at/jugendinfo)

# Impulse für Jugendbeschäftigung

Das Burgenland hat die besten Facharbeiter. Damit das auch künftig so bleibt, die Arbeitslosigkeit – und hier speziell die Jugendarbeitslosigkeit – weiter gesenkt und die Beschäftigtenzahlen auch in Zukunft in Richtung Vollbeschäftigung tendieren, haben sich Landeshauptmann Hans Niessl und Landesrat Dr. Peter Rezar dazu entschlossen, via Internet unter [www.burgenland.at/jugendinfo](http://www.burgenland.at/jugendinfo) eine Jugend-Kommunikationsoffensive zu starten.

Diese neue Plattform des Landes informiert über Jobs, Lehrstellen, überbetriebliche Berufsausbildung und Förderungen für junge BurgenländerInnen. Wichtig für junge ArbeitnehmerInnen und StudentInnen sind die Fördermaßnahmen des Landes mit allen Telefonnummern, Adressen und

Internetlinks. Die Website fasst die wichtigsten Infos rund um Jobs und Ausbildung sowie Förderungen des Landes Burgenland kompakt zusammen und soll jungen Menschen bei Berufswahl und Ausbildung helfen!

Das Land Burgenland hat aber auch bis dato intensive Maßnahmen gesetzt,

um Jugendliche in Beschäftigung zu bringen bzw. ihre Qualifikation mit Blickrichtung Berufswelt entscheidend zu verbessern. So haben seit Jänner 1997 169 Jugendliche einen Lehrvertrag mit dem Land abgeschlossen. Derzeit sind 16 Lehrlinge in Ausbildung. Per Regierungsbeschluss wurden nunmehr neun weitere Lehrplätze geschaffen. Die Berufssparten im Landesdienst reichen von Kfz-Techniker, Koch, Straßenerhaltungsfachmann/Tiefbauer bis hin zu Tischler und Landschaftsgärtner (nur Integrativlehre). Jetzt kommen erstmalig die Lehrberufe Vermesungstechniker und Chemielabortechniker dazu. In den landesnahen Betrieben sind insgesamt 57 Lehrlingsplätze bereitgestellt.

Das Land Burgenland bietet Jugendlichen aber auch die Möglichkeit, Praktikumsplätze und Ferialjobs zu belegen, um Arbeiterfahrung für eine bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt zu sammeln. ♦



LH Hans Niessl (links) und LR Dr. Peter Rezar präsentieren neue Kommunikationsschiene zur Jugendbeschäftigung  
Foto: BLMS

**AB SOFORT!!**

# FIT DURCH DEN SOMMER

**JETZT ZUSCHLAGEN! Hol' dir deine**

## 3 MONATS-SOMMERKARTE

OHNE Vertragsbindung  
für schlanke

**FIT  
BASE**  
FITNESS FOR EVERYONE

**Anmeldung bis 30.6.'11:**  
Bundesstraße 50 | 7210 Mattersburg  
tel: +43 (0) 2626 | 635 21, e-mail: [info@fitbase.at](mailto:info@fitbase.at)

**KPZ-Vorsitzender Bürgermeister Bernhard Müller fordert am Österr. Städtetag:**

# Rettungsschirm für Kommunen!

Einen „Städterettungsschirm“ (analog zum Bankenpaket der Bundesregierung) mit einem Volumen von 1 bis 1,5 Milliarden Euro für die Kommunen, einen aufgabenorientierten Finanzausgleich, eine umfassende Strukturreform bzw. Transferentflechtung zwischen den Gebietskörperschaften (Devise: „Wer zahlt, schafft an“), die Ermöglichung projektbezogener Gemeindeabgaben für Infrastrukturinvestitionen sowie eine offensive Diskussion über freiwillige Gemeindezusammenlegungen bzw. verstärkte Gemeindekooperationen – diese Forderungen hat kürzlich Wiener Neustadts SP-Bürgermeister Bernhard Müller erhoben.

Nun hat der Österreichische Städtetag (ebenso wie der deutsche Städtetag), der von 25. bis 27. Mai 2011 in St. Pölten getagt hat, diese Vorschläge vollinhaltlich unterstrichen.

Dazu Müller, der auch Vorsitzender des Kommunalpolitischen Zentrums des SPÖ (KPZ) ist, wörtlich: „In den internen Beratungen, Diskussionen und Arbeitskreisen hat sich klar gezeigt, wie schlecht es finanziell um die Städte und Gemeinden steht. Nur ein Bündel an Maßnahmen kann uns retten. Jetzt ist die Bundesregierung am Zug. Sie muss den Städten und Gemeinden über die Bundesfinanzierungsagentur (ÖBFA) eine Überbrückungshilfe für die nächsten Jahre gewähren.“

## Beispiel Wiener Neustadt

Die Stadt WienerNeustadt befindet sich – genauso wie die meisten österreichischen Kommunen – seit einigen Jahren in einer extrem schwierigen budgetären Lage. Seit seinem Amtsantritt hat Bürgermeister Bernhard Müller einen strikten Konsolidierungskurs mit Einnahmensteigerungen (Gebührenerhöhungen, etc.) und Aus-

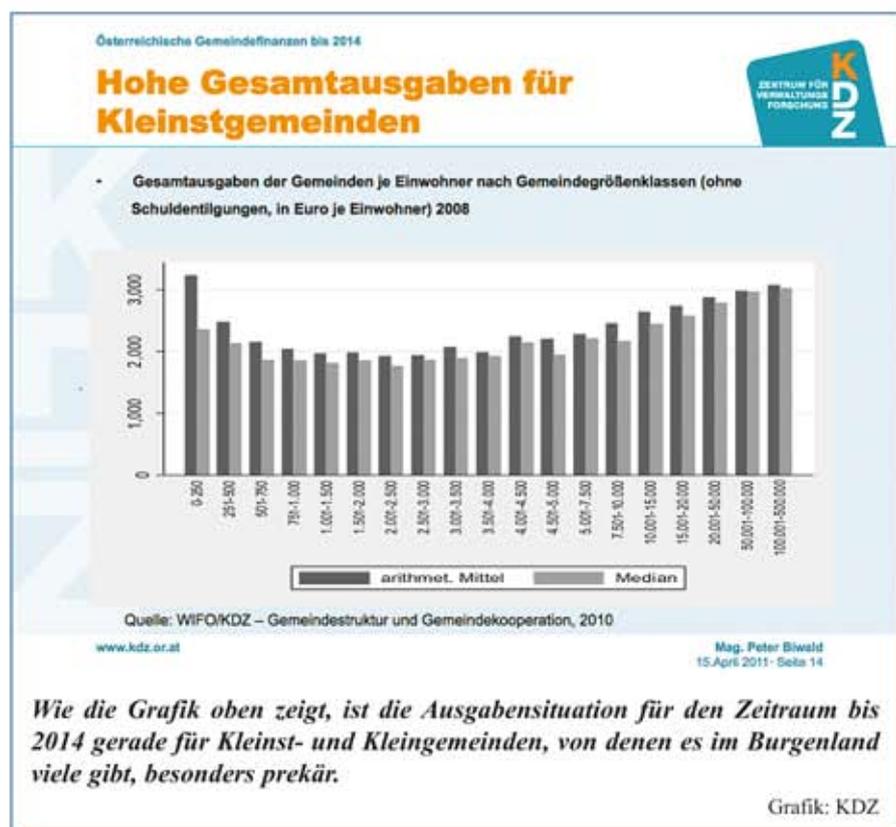
gabenreduktionen (u. a. Kürzung von Förderungen) gefahren. Dazu kam ein umfassendes Personalpaket, die Krankenhausabgabe, das Zusperrn kommunaler Einrichtungen (u. a. zwei Bäder) etc. Schwerpunktsetzungen lediglich bei der Sicherheit, im Sozialen („Plus Card“) und bei Integration/friedliches Zusammenleben.

Die Hausaufgaben wurden – gemäß den Vorgaben der Landesaufsicht – also gemacht. Das allein reicht aber nicht, die Stadt weist mittelfristig einen jährlicher Abgang von rund 10 Mio. EURO aus.

Eine Studie des KDZ (Zentrum für Verwaltungsforschung) besagt, dass spätestens im Jahr 2013 rund 90 % aller österreichischen Städte und Gemeinden nicht mehr ausgeglichen budgetieren können.

Bürgermeister Bernhard Müller hat sich in dieser Thematik und als Mitglied der Geschäftsleitung des Städtebundes sowie in anderen kommunalpolitischen Funktionen eine österreichweit anerkannte Vorreiterposition in den Verhandlungen erarbeitet. ♦

Wiener Neustadts Bürgermeister Bernhard Müller



## 20. Landeskonferenz



„Hausherr“: Steinbrunns Bürgermeister, Mag. Klaus Mezgolits

Die am 7. Mai 2011 in Steinbrunn abgehaltene 20. Landeskonferenz des Sozialdemokratischen Gemeindevertreterverbandes Burgenland, gleichzeitig auch Jubiläumsveranstaltung zu „90 Jahre Burgenland – 60 Jahre GVV“, war ein voller Erfolg. Mehr als 250 Delegierte und zahlreiche Fest- und Ehrengäste, Freunde und Sympathisanten kamen nach Steinbrunn. Darunter das SPÖ-Regierungsteam rund um LH Hans Niessl, Vertreter des Österreichischen Gemeindebundes, des Städtebundes, der Bundes-SPÖ sowie aus anderen kommunalen Landes- und Bundesorganisationen.

GVV-Präsident Ernst Schmid dazu: „Das zeigt den Stellenwert des GVV Burgenland und bestätigt unseren erfolgreichen Weg der letzten Jahre. Das Jubiläum ist für uns gleichzeitig Ansporn, auch in Zukunft die Kommunen und ihre Mandatarinnen und Mandatare in den Mittelpunkt unserer Verbandsarbeit zu stellen!“

Im Rahmen der Veranstaltung wurden – neben den Feierlichkeiten – auch die Ziele des GVV und der SPÖ Burgenland für die kommenden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im Oktober 2012 angedeutet. LH Niessl gab in seinem Referat die Marschroute



Präsidium des GVV Burgenland und Gäste



LH Hans Niessl (links) und GVV Präsident Ernst Schmid Foto: Erich Janzso



GVV-LGF Mag. Herbert Marhold

# zum 60-Jahr-Jubiläum

vor: „Die SPÖ will ihren klaren Vorsprung auf kommunaler Ebene im Burgenland weiter ausbauen – und wir wollen die SPÖ öffnen. Dabei laden wir alle ein, ein Stück des Weges im Land und besonders in den Kommunen mit uns zu gehen!“

GVV Präsident Schmid wies ebenfalls auf die Bedeutung der Kommunen und auf die Geschichte des GVV Burgenland hin: „Die Gemeinden waren und sind Motor des Aufschwungs im Burgenland. In den Kommunen sind die Menschen verwurzelt. Ein starkes Burgenland ist ein Land der funktionierenden Gemeinden. Der GVV Burgenland hat die Interessen der Gemein-

den immer stark vertreten und wird das auch in Zukunft mit aller Kraft tun!“

LH Niessl und die Spitzen des GVV Burgenland ehrten im Rahmen der Landeskonferenz auch ausgeschiedene Gemeindemandatarinnen und -mandatare.

GVV Präsident Schmid gab abschließend noch einmal das Motto bis zum Oktober 2012 aus: Schmid: „Wir werden mit vollem Einsatz für unsere Gemeinden kämpfen! Als SPÖ und GVV wollen wir eine starke sozialdemokratische Handschrift in den Kommunen, damit wir den Aufschwung der letzten Jahre und Jahrzehnte fortsetzen können!“



*Gastredner: Wiener Neustadts Bürgermeister, Bernhard Müller*



*Präsident Schmid (2. v. l.) mit den Regierungsgliedern der SPÖ Burgenland, LRin Verena Dunst (r.), LH Hans Niessl (2. v. r.) und LR Dr. Peter Rezar (l.)*



*2. Vizepräs. des Österr. Gemeindebunds, Bgm. LAbg. Rupert Dworak*



## Initiativantrag im Nationalrat – Beschluss bis spätestens Ende Juli 2011:

# Mandatare sozialrechtlich absichern

In der Nationalratssitzung vom 18. Mai 2011 haben die Regierungsparteien einen Initiativantrag eingebracht, der pensions- und arbeitslosenversicherungsrechtliche Änderungen für politische MandatarInnen zum Inhalt hat. Diese „Sozialrechtliche Absicherung“ der GemeindemandatarInnen wurde seit Jahren parteiintern gefordert und seitens des GVV Burgenland in wesentlichen Teilen mit ausgearbeitet. Das Paket soll bis spätestens Ende Juli 2011 mit den Stimmen der beiden Regierungsparteien beschlossen werden.

### Anrechnungsbetrag und Beitragszahlungen

**Problem:** Die Neuregelung bedeutet eine Gleichstellung mit allen übrigen ASVG-, GSVG- und BSVG-Versicherten. Von Politikerbezügen wird derzeit ein „Quasi-Pensionsversicherungsbeitrag“ (Anrechnungsbetrag) in der Höhe von 12,55% einbehalten. Erst wenn er/sie aus der politischen Funktion ausscheidet, wird dieser Anrechnungsbetrag von seinem/ihrer „Dienstgeber“ (= Gemeinde, Land, Parlament etc.) an den Pensionsversicherungsträger überwiesen, bei dem er/sie zuletzt versichert war oder ist. Erst dann erwirbt er/sie Versicherungszeiten und bekommt die Beiträge über der Höchstbeitragsgrundlage rückerstattet. Diese Regelung führt dazu, dass Beitragsersparungen oft erst nach Jahren oder Jahrzehnten der politischen Tätigkeit lukriert werden können.

**Lösung:** Gelöst werden soll dieses Problem durch die Festlegung einer monatlichen, halbjährlichen oder jährlichen Überweisung der Anrechnungsbeträge an die Pensionsversicherungsträger und einer jährlichen Rückerstattung der Beiträge über der Höchstbeitragsgrundlage an die MandatarInnen. Es wird auch den Ländern die Möglichkeit eröffnet, entsprechende Regelungen im Rahmen ihres Zuständigkeitsbereichs zu schaffen.

### Alterspensionen und Funktionsentschädigungen

**Problem:** Es tritt das Problem auf, dass auf kommunalpolitischer Ebene das Zusammentreffen des Bezugs einer vorzeitigen Alterspension mit einer Funktionsentschädigung eines politischen Mandats auf Grund der Wegfallsbestimmungen der Pension dazu führt, dass viele MandatarInnen ihre öffentliche Funktion nicht mehr ausüben können. Die derzeitige Rechts-

lage sieht vor, dass die Pension eines/r vorzeitigen ASVG-PensionistenIn entfällt, sobald diese/r über der Geringfügigkeitsgrenze verdient. Dies bedeutet, dass die Pension einer/s vorzeitigen AlterspensionistenIn nach ASVG, GSVG oder BSVG komplett entfällt, sobald eine politische Funktion ausgeübt wird und der/die MandatarIn einen monatlichen Bezug über 374,02 Euro erhält.

Dabei entsteht auch eine Ungerechtigkeit zwischen ASVG-(GSVG, BSVG) PensionistenInnen und BeamtenInnen im Ruhestand: BeamtenInnen im vorzeitigen Ruhestand ist es nämlich erlaubt, auch über der Geringfügigkeitsgrenze zu verdienen, ohne dabei den Ruhebezug zu verlieren. Die Wegfallsbestimmungen gelten nicht für normale AlterspensionistenInnen und für vorzeitige AlterspensionistenInnen auch nur bis zur Erreichung der Altersgrenze der normalen Alterspension.

**Lösung:** Da sich die derzeit unbeschränkte Berücksichtigung der Bezüge von öffentlichen MandatarInnen im Hinblick auf die Wegfallsbestimmungen bei vorzeitigen Alterspensionen für das politische Engagement älterer Personen als schädlich erweist, sollen diese Bezüge in jenen Fällen, in denen sie 49% des Nationalratsbezugs (= Euro 3.998,40) nicht übersteigen, hinkünftig nicht mehr zum Wegfall der Pension führen. Alle Bezüge über dieser Grenze führen weiterhin zum Wegfall einer vorzeitigen Alterspension. Nicht betroffen von dieser Neuregelung sind alle politischen MandatarInnen auf Landes- und auf Bundesebene, also Landtagsabgeordnete, Landesregierungsmitglieder, Landeshauptleute, NationalrätInnen, BundesrätInnen oder EuropaparlamentarierInnen. Ihr Funktionsbezug liegt über der normierten Grenze und daher gelten für sie weiterhin die Wegfallsbestimmungen beim

Bezug einer vorzeitigen Alterspension. Zum Unterschied von anderen Tätigkeiten ist die Ausübung einer politischen Funktion nicht arbeitsmarktrelevant und nicht als Tätigkeit mit Erwerbserzielungsabsicht anzusehen. Darüber hinaus sind die Bezüge von politischen MandatarInnen nach dem Vorbild der BeamtInnenbezüge gestaltet und bei BeamtInnen existiert kein Wegfall bei vorzeitigem Ruhegenussbezug (nach einem diesbezüglichen Erkenntnis des Verfassungsgerichtshofes).

Vor allem aus demokratiepolitischer Sicht ist es auch notwendig, eine derartige Adaptierung vorzunehmen. Ältere Menschen sollen nicht von ihrem demokratiepolitischen Recht – dem passiven Wahlrecht – für eine bestimmte Zeit (zwischen dem Anfall einer vorzeitigen Alterspension und dem normalen Alterspensionsalter) ausgeschlossen werden, weil ihnen die finanzielle Existenzgrundlage (Pension) entzogen wird.

### Arbeitslosenversicherung

**Problem:** Politische MandatarInnen besitzen derzeit keinen arbeitslosenversicherungsrechtlichen Schutz bei Verlust oder Aufgabe des Zivilberufs und späterem Ausscheiden aus der Funktion.

**Lösung:** Nun soll eine Rahmenfristerstreckung in der Arbeitslosenversicherung normiert werden, was bedeutet, dass, wenn politische MandatarInnen während der Funktionsausübung den Zivilberuf verlieren oder aufgeben, nach ihrer Abwahl geschützt sind; d. h. auf Anwartschaften, die bereits länger zurück liegen, zurück greifen können und Arbeitslosengeld aus dem früheren Zivilberuf beziehen können.



# Grand Tours - Saisonabschluss an der Adria

30.9. - 2.10.2011 (Fr.-So.)

Ort: **OPATIJA** (Abbazia)

Opatija – die Perle der Adria,  
war schon damals der beliebteste Ort für die habsburgerische Elite  
und ist heute noch eine der schönsten Städte am Mittelmeer.

Unterkunft:

**Grand Hotel** \*\*\*\*

**Milenij Grand Hotel 4 opatijska cvijeta**

[www.milenijhoteli.hr](http://www.milenijhoteli.hr)

Ein Hotel der Spitzenklasse direkt im Zentrum!

**Verpflegung:**

Halbpension: Frühstücks- und Abendbuffet

**Zimmer:**

Dusche, WC, Tel., Safe, Klima und Sat-TV.

**Normalpreis: 225.-**

**Frühbucherpreis: 169.-**

bei Anmeldung bis 27.07.2011

**Leistungen:**

- Busfahrt mit modernstem Reisebus  
ab/bis Eisenstadt-Mattersburg-Oberpullendorf-Oberwart
- 2 x Nächtigung/Frühstück (Buffet)
- 2 x Abendessen (großes Buffet)
- Kroatischer Abend (Tanzmusik) am 1.Tag
- Tamburizza Abendprogramm am 2. Tag

**Fakultativ:**

Ganztägig - Inselrundfahrt Krk inkl. Weinkost/Essen: 35.-

Einbettzimmerzuschlag: 32.-



Hotel



**GRAND**  
TOURS

A-7552 Stinatz  
Tel: +43 (0)3358-2033  
[office@grandtours.at](mailto:office@grandtours.at)

Hauptstrasse 102  
Fax: -03358-3388  
[www.grandtours.at](http://www.grandtours.at)

# Rückenwind für Neue Mittelschule

Die Bundesregierung hat ein Arbeitspaket geschnürt, das dem Burgenland vor allem im Bildungsbereich Rückenwind geben wird. Die flächendeckende Umsetzung der Neuen Mittelschule könnte im Burgenland bereits mit dem Schuljahr 2012/13 Realität sein.

„Außerdem können wir, wie von der SPÖ gefordert, wieder zusätzliche Bundesmittel in den Ausbau der Kinderbetreuung investieren“, sagt SPÖ-Klubchef Christian Illedits. Das Burgenland werde damit seine Vorreiterrolle als Bildungsstandort festigen.

Für das nächste Schuljahr sind bereits zusätzlich acht Neue-Mittelschul-Standorte mit 21 Klassen im Burgenland genehmigt. Damit werden 36 der 41 Hauptschulen umgestellt sein. Von den verbleibenden fünf Hauptschulen befinden sich vier bereits im Antragsstadium. Mit den nun gefassten Beschlüssen der Bundesregierung rücke die ‚Komplett-Umstellung‘ in greifbare Nähe, so Klubobmann Illedits: „Wir wollen das erste Bundesland sein, in dem alle Hauptschulen als Neue Mittelschulen geführt werden. Die Bundesregierung hat sich dafür einen Stufenplan bis 2018 verordnet. Das Burgenland könnte bereits im übernächsten Schuljahr so weit sein, weil wir diese Chance rascher erkannt



Kinderbetreuungsinitiative - v. l.: LAbg. Sack, LRin Dunst, KO Illedits

haben. Außerdem ist jetzt Rechtssicherheit für alle bereits bestehenden Standorte garantiert.“

Der Ausbau der Neuen Mittelschule werte den Bildungsstandort Burgenland auf und bringe zusätzliche Chancen für die Kinder – auch in strukturschwächeren Regionen, betont Illedits: „Alle Kinder zwischen 10 und 14 Jahren werden von neuen Lernmethoden wie Team-Teaching profitieren – unabhängig von ihrer Herkunft und ihrem sozialen Hintergrund.“

## Kinderbetreuung ausbauen

Im Rahmen der Infrastrukturinvestitionen im Bundesschulbau werden im Burgenland 70,1 Millionen Euro inves-

tiert. Die schulische Tagesbetreuung soll ebenso ausgebaut werden wie das Kinderbetreuungsangebot. „Wir sind bei den 3 bis 5-jährigen mit einer Betreuungsquote von 99,5 Prozent bereits Österreich-Meister und liegen bei den Kindern bis 2 Jahren mit einer Betreuungsquote von 23,5 Prozent hinter Wien an zweiter Stelle. Diese Position wollen wir weiter verbessern. Daher ist es höchst erfreulich, dass zu den insgesamt 25 Millionen, die das Burgenland in die Kinderbetreuung investiert, auch der Bund – jährlich 15 Millionen Euro ab 2012 und für 2011 eine Zwischenfinanzierung von 10 Millionen Euro – wieder Geld in die Hand nimmt“, betont Illedits. ◆



Lernen in modernem Ambiente: Die neue Volksschule in Winden am See

## Neue Volksschule Winden

Am 5. Juni 2011 erfolgte die feierliche Eröffnung der neuen Volksschule der Gemeinde Winden/See im Rahmen eines Festaktes mit Frühschoppen und Tag der offenen Tür.

Der Volksschulbau war notwendig, da das alte Schulgebäude bereits im 19. Jahrhundert errichtet wurde und auf der ehemaligen Liegenschaft der alten Volksschule keine Genehmigung zu einem Turnsaalzubau erteilt wurde.

Das neue Schulgebäude bietet freundliche, helle Räumlichkeiten, in denen moderner Unterricht nach den neuesten wissenschaftlichen, pädagogischen Erkenntnissen gewährleistet ist.

gogischen Erkenntnissen gewährleistet ist.

Zwei Smartphonetafeln mit Internetanschluß unterstützen die moderne Methodik der in der Schule unterrichtenden PädagogInnen.

Ausserhalb der Unterrichtszeit wird der Turnsaal auch für Erwachsene und Vereine zwecks körperlicher Ertüchtigung zur Verfügung gestellt.

„Damit leistet die Gemeinde Winden am See einen wichtigen Beitrag zur gesunden Bewegung für die gesamte Ortsbevölkerung“, ist Bgm. Erwin Preiner überzeugt. ◆

# Atomausstieg jetzt!

Den sofortigen Einstieg in den Ausstieg aus der Atomkraft fordert der burgenländische SPÖ-Nationalratsabgeordnete Erwin Preiner. „Um aus der Atomenergie aussteigen zu können, bedarf es einer europaweiten Initiative, bei der sich Österreich federführend einbringen sollte. Und wir brauchen ein Ökostromgesetz, das erneuerbare Energien fördert statt bremst – ebenso wie ein Energieeffizienzgesetz und Maßnahmen, um das Energiesparen zu fördern“, argumentiert der burgenländische Nationalratsabgeordnete Erwin Preiner.

Die Politik ist gefordert, die Lehren aus der Katastrophe von Fukushima zu ziehen; denn es ist kein Zufall, dass sich eine überwältigende Mehrheit der Bevölkerung für den Ausbau alternativer Energien ausspricht. In Österreich stammen immer noch 6% des Stromverbrauchs aus Atomenergie – das sind etwa 3,1 Terrawattstunden, die durch erneuerbare Energien zu ersetzen sind. Notwendig sind Szenarien für den kurz- und mittelfristigen Ausstieg aus fossiler Energie – und dazu gehört auch eine wirksame Strategie zum Energiesparen und zur Energieeffizienz – denn unser jährlicher Energieverbrauch wächst unaufhaltsam und auch die engagierteste Produktion von

*Nationalratsabgeordneter  
Bürgermeister von  
Winden, Erwin Preiner*



erneuerbaren Energien kann dies auf Dauer nicht ausgleichen. Hier ist jede und jeder Einzelne gefordert – weil es ganz entscheidend ist, wie Energie genutzt wird.

Österreich ist in der glücklichen Lage, einen sehr hohen Anteil seines Energiebedarfs aus umweltfreundlicher Wasserkraft decken zu können – das ist aber kein Freibrief für Untätigkeit. ÖVP-Umweltminister Berlakovich und ÖVP-Wirtschaftsminister Mitterlehner sind gefordert, sich für eine engagiertere Energiepolitik als bisher einzusetzen. Investitionen in alternative Energien sind Investitionen in die Zukunft, schaffen Arbeitsplätze in der Region

und Wertschöpfung. Hervorzuheben ist die Vorreiterrolle des Burgenlands, wo „die Zukunft bereits begonnen hat“, so Preiner, „denn im Burgenland deckt man bereits heute 60 Prozent des Energiebedarfs aus alternativen Energiequellen wie Windkraft oder Biomasse. Im Jahr 2013 will man stromautark, 2020 energieautark sein. Hier zeigt das Burgenland aufgrund des Weitblicks von Landeshauptmann Niessl seit Jahren, 'wie man es richtig macht'", ist Nationalrat Erwin Preiner überzeugt. ◆

## Effizient: LED-Straßenbeleuchtung in Siegendorf

**Innovative Lichtenergie hält Einzug in Siegendorf: Die Straßenbeleuchtung im Bereich Schwimmbad / Altersheim wurde durch neue LED-Technik ersetzt.**

Für den Siegendorfer Bürgermeister, Landtagspräsident Gerhard Steier, bietet die neue Straßenbeleuchtung erhebliche Vorteile: denn damit wird nicht nur eine deutliche Energieeinsparung und damit CO<sub>2</sub>-Reduktion erzielt; auch die Wartungskosten werden in Zukunft deutlich sinken, da die LED-Technik fast wartungsfrei ist. „Siegendorf gehört mit diesem Projekt zu den Pionieren im Burgenland – und wie die Zukunft weisen wird, stellt eine bessere Beleuchtung mit optimierten Kosten keinen Widerspruch dar“.

Als Partner für den Austausch der bestehenden Straßenbeleuchtung durch moderne LED-Technik hat der Siegendorfer Bürgermeister das E-Werk Wels sowie die SWARCO Futurit gewonnen. Insgesamt wurden über 20 Lampen ausgetauscht; die Gesamtkosten für das Projekt betragen rund 40.000 Euro. „Das sind gut investierte Mittel“, so Steier

„denn 85% der Gesamtkosten einer Straßenbeleuchtungsanlage in 25 Jahren entstehen durch Energie- und Wartungskosten. Die LED-Beleuchtung wandelt Strom direkt in Licht um und hat damit einen enorm hohen Wirkungsgrad. Ich bin überzeugt davon, dass sich diese Investition durch geringeren Stromverbrauch, weniger CO<sub>2</sub>, eine längere Lebensdauer der Beleuchtung und geringere Lichtstreuung bald amortisiert haben wird. Wir setzen damit unseren Kurs in Richtung Klima- und Umweltschutz nachhaltig fort“, so Gerhard Steier abschließend. ◆



*Siegendorfs Bürgermeister,  
LTPräs. Gerhard Steier*



*Blickten im Rahmen des Gemeindetags in Kitzbühel auf eine ereignisreiche Zeit zurück und stießen auf eine für die Kommunen hoffentlich erfolgreiche Zukunft an – v. l. n. r.: GS Hink, Hans Ferlitsch, Vinzenz Rauscher, Stefan Primosch, Ernst Schmid, Helmut Mödlhammer, Rupert Dworak, Ewald Buschenreiter, Herbert Marhold. Den Anlass dazu gaben Ehrungen und Gratulationen für GS Hink (Pensionierung), Ernst Schmid (Ende als Vizepräsident), Vinzenz Rauscher (Ausscheiden aus Bundesvorstand) und Hans Ferlitsch (Ende der Präsidentschaft).*

**Gemeindetag Kitzbühel: Schmid fordert erneut Masterplan für die Gemeinden**

## Entlastungen und Reformen

**Mehr als 250 GemeindevertreterInnen aus dem Burgenland – an der Spitze GVV-Präsident Bgm. Ernst Schmid – nahmen von 8. – 10. Juni am 58. Österreichischen Gemeindetag in Kitzbühel teil.**

Der Gemeindetag ist die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs. Insgesamt folgten weit über 2.000 Teilnehmer der Einladung nach Kitzbühel. Die Veranstaltung stand im Zeichen der Demografie und der zunehmenden Überalterung.

Schmid: „Die demografische Entwicklung ist das Kernthema der Zukunft für den ländlichen Raum, davon sind die meisten Gemeinden betroffen. Daher begrüßen wir es, wenn dieses Thema im Focus des Gemeindetages steht.“

Die heurige Fachtagung stand unter dem Motto „Die Alterspyramide kippt – und unsere Gemeinden mit?“ Dazu Schmid vor Ort in Kitzbühel: „Für das Burgenland ist die demographische Entwicklung ein enorm wichtiges Thema, denn viele Gemeinden – vor allem im Landessüden – leiden vermehrt unter Überalterung und Abwanderung. Hier müssen wir den Hebel ansetzen.“

In den Bereichen Gesundheit und Soziales sind die Folgen der Überalterung am stärksten bemerkbar. GVV Präsident Schmid dazu: „Viele gute Ansätze sind schon da, trotzdem müssen wir den Mut haben, auch neue Wege zu finden, sonst wird die Kostenexplosion viele Gemeinden ruinieren.“

Durch die derzeit gute Wirtschaftsentwicklung ist zwar eine Entspannung eingetreten und auch die Pflegelösung ist gut, aber trotzdem muss man mittel- und langfristig finanzielle Lösungen

für die Kommunen finden und die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen schließen. „Daher ist ein Masterplan für den ländlichen Raum und die Gemeinden zu entwickeln und die Aufgaben- und Ausgabenreform ist weiter voranzutreiben!“, so Schmid abschließend.

### Bekanntnis zu Nulldefizit

Ein klares Bekenntnis zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte gab in Kitzbühel Gemeindebund-Präsident Bgm. Helmut Mödlhammer ab. „Wir sind die einzige Gebietskörperschaft, die sich zu einem Nulldefizit in den nächsten Jahren verpflichtet hat“, erinnerte Mödlhammer in seiner Ansprache. „Das wird eine gewaltige Kraftanstrengung, aber wir sind zuversichtlich, dass wir das Nulldefizit schaffen werden“, so Mödlhammer.



# Personalia • • • Personalia • • • Personalia

## ■ Hans Ferlitsch, Kärnten



Vergangenen Mai legte Hans Ferlitsch sein Amt als Präsident des Kärntner Gemeindebundes vorzeitig nieder. Es sind gesundheitliche Gründe, die den Bürgermeister von St. Stefan im Gailtal dazu bewogen.

Seit 1996 vertritt Hans Ferlitsch die Interessen der Kärntner Städte und Gemeinden auf Landes- und Bundesebene. Der SPÖ-Politiker ist 1973 in die Kommunalpolitik seiner Heimatgemeinde eingetreten und seit 1985 erfolgreich als Bürgermeister tätig. 2009 wurde er mit fast 80 Prozent Zustimmung zum fünften Mal in seiner Funktion bestätigt. Und als Bürgermeister seiner Heimatgemeinde bleibt er auch weiter im Amt.

Seit Juni 1996, also fast 15 Jahre lang, stand Hans Ferlitsch an der Spitze des Kärntner Gemeindebundes. Gleichzeitig war er auf Bundesebene Mitglied des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes, von 1997 bis 2007 war er auch dessen Vizepräsident. ♦

## ■ Matthias Achs gestorben



Das Burgenland trauert um eine verdiente Persönlichkeit und um einen Erbauer des neuen Burgenlands – Hofrat Matthias Achs ist am 25. Mai 2011 aus dem Leben geschieden.

Der ehemalige Nationalrat und langjährige Bürgermeister der Weinbaugemeinde Gols starb nach langjähriger Krankheit im 72. Lebensjahr. Damit ist eine Säule der burgenländischen Sozialdemokratie von uns gegangen.

Achs war von 1972 bis 1977 Gemeinderat in Gols und ab 1977 Bürgermeister der Gemeinde. Er war ab 1976 Ortsparteivorsitzender der SPÖ Gols, ab 1982 Bezirksparteivorsitzender-Stv. der SPÖ Neusiedl am See und ab 1982 Mitglied des Landespartei Vorstandes der SPÖ Burgenland. Er vertrat die SPÖ von 1985 bis 1989 im Burgenländischen Landtag, gehörte vom 6. Juli 1981 bis 30. September 1985 dem Bundesrat an und war vom 13. Jänner 1989 bis 28. Oktober 1999 Abgeordneter zum Nationalrat. ♦

## ■ Willibald Höchtel gestorben



Nach langer Krankheit starb am 17. April der langjährige Bürgermeister der Gemeinde Rauchwart (Bezirk Güssing), Willibald Höchtel, 64.

Politik war Willibald Höchtels Leidenschaft. Dies zeigte sich insbesondere darin, dass er bereits in seiner Jugend politisch tätig war. 1979 wurde er Ortsvorsitzender der SPÖ Rauchwart, von 1977 bis 1989 Gemeinderat und Gemeindevorsteher. Im Jahr 1991 erhielt Höchtel das Ehrenabzeichen des Landes Burgenland.

1993 wurde er zum Bürgermeister der Gemeinde Rauchwart gewählt. Durch seinen stetigen Einsatz und seine Tüchtigkeit sowie seine hohe Beliebtheit bei der Bevölkerung wurde er in den Jahren 1997, 2002 und 2007 wiedergewählt. Bei der letzten Bürgermeisterwahl im Jahr 2007 erreichte Höchtel fast 94 % der Stimmen. ♦



## Menschenrechte stärken

### ■ 10. – 16. Oktober 2011: Europäische Woche der lokalen Demokratie

Der Europarat ruft auch dieses Jahr wieder die zweite Oktoberwoche zur europäischen Woche der lokalen Demokratie (ELDW) aus. Im Rahmen von Veranstaltungen in den Gemeinden soll den Bürgern das diesjährige Thema „Menschenrechte auf lokaler Ebene“ näher gebracht werden. Mitmachen kann jeder, den Gemeinden sind bei Organisation und inhaltlicher Gestaltung der Veranstaltungen keine Grenzen gesetzt. Der Europarat schlägt

vier Themenbereiche als Anhaltspunkte vor, im Rahmen von Veranstaltungen, Internetauftritten, Workshops oder durch die Zusammenarbeit mit Schulen und Vereinen können eigene Akzente gesetzt werden. Gemeinden können „ihre“ Woche etwa folgenden Schwerpunkten widmen: Verbrieft Menschenrechte in Europa; Soziale Rechte und Zugang zu öffentlichen Diensten; Beteiligung von unterrepräsentierten Gruppen am Gemeindeleben; Menschenrechtsombudsmann.

Um offizieller Partner des Europarates zu werden, muss zumindest eine Veranstaltung unter dem Motto „Menschenrechte auf kommunaler Ebene“ stehen, darüber hinaus müssen sich interessierte Gemeinden (oder Landesverbände) als Partner registri-

eren lassen, was mithilfe eines Onlineformulars relativ einfach und unkompliziert zu erledigen ist.

Der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas stellt Gemeinden Informationsmaterial, Logo, Plakate und Handzettel zur Verfügung, die über das Internet bezogen werden können.

Nähere Informationen finden sich auf der Homepage des Kongresses, auch das Brüsselbüro des Gemeindebundes erteilt gerne Auskunft.

#### Linktipps:

- <http://www.coe.int/t/congress/demoweek/content/download/leaflet-de.pdf>
- [http://www.coe.int/t/congress/demoweek/default\\_en.asp?](http://www.coe.int/t/congress/demoweek/default_en.asp?)



Die neue BEWAG Bonuswelt bringt Ihnen jetzt noch mehr Vorteile und ein übersichtliches Tarif- und Servicesystem: Mit den Bonuspunkten, dem 24<sup>h</sup> Pannendienst oder den Vergünstigungen unserer Partnerunternehmen. Holen Sie sich Ihre Bonuswelt – bei einem unserer 100 BEWAG Servicepartner, in Ihrer Nähe in unseren sieben Kundencentern, auf [www.bewag.at](http://www.bewag.at) oder unter 0800/888 9000.

**BEWAG. WIR SIND ENERGIE.**

**BEWAG**

## WIR PRODUZIEREN

ZEITUNGEN  
MAGAZINE  
FILME  
WERBUNG

PUBLIC RELATIONS  
SONDERPROJEKTE  
WEBSOLUTIONS

für

Städte + Gemeinden  
Verbände + Vereine  
Gewerbe + Handel + Industrie

**MEDIA & MARKETING**  
**Manfred Murczek**  
2491 Neufeld • Lisztg. 2  
02624 / 521 02  
0676 / 610 62 97  
[murczek@aon.at](mailto:murczek@aon.at)

## I M P R E S S U M

### Medieninhaber und Verleger:

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
[www.gvvbgld.at](http://www.gvvbgld.at)

**Redaktion:** Media & Marketing  
Manfred Murczek  
Lisztgasse 2, 2491 Neufeld/L.

**Herstellung:** DANEK Grafik • Repro • Druck  
Industriestraße 1/11, 7053 Hornstein

P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt  
**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**